

Ich schlage vor, vor der grundlegenden Neuorganisation der DDR-Energiewirtschaft die Länderbildung abzuwarten - um der kommunalen Selbstverwaltung willen. Danke schön.

(Beifall, vor allem bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Ryssel von der Fraktion Die Liberalen.

#### **Von Ryssel für die Fraktion Die Liberalen:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Energie beschäftigt uns nun schon einige Tage. Und ich bin heute früh gefragt worden, ob wir uns denn in Zukunft mit jeder Sache so intensiv befassen wollen in diesem Haus wie mit der Energie. Aber ich meine, das ist wohl etwas anderes als irgend etwas, was noch in der Wirtschaft passiert. Ich meine: Energie, das ist der Lebensnerv der Wirtschaft. Sichere und preisgünstige Energieversorgung ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft. Aus diesem Grunde können wir das meiner Meinung nach hier nicht so ganz „normal“ behandeln, sondern wir müssen uns doch einmal mit der Energie bis ins letzte Detail befassen, um auch klarzustellen, daß wir nicht gewillt sind, solche Verstöße gegen den Wettbewerb einfach hinzunehmen. Ich meine, wir sollten hier ein Zeichen setzen, daß dieses Haus auch ein Auge auf das werfen wird, was da noch passiert.

Die marktwirtschaftliche Energiestrategie gibt keine quantitativen Vorgaben, sondern sie sichert bei der Energie möglichst über neue Märkte und Marktzutrittschancen die Produktion ab und versucht, auch bei der Energie Bedingungen zu schaffen, die eine Kontrolle des Marktes durch den Wettbewerb ermöglichen.

Wir haben schon vom Vorredner gehört, daß das Thema „Winter“ nicht so brisant ist. Das Licht wird nicht ausgehen. Ich möchte noch eines dazu sagen: Wir haben unter viel schlimmeren Bedingungen, als wir sie jetzt haben, das Licht nicht ausgehen lassen in der DDR, und ich sehe keinen Grund, warum es jetzt ausgehen soll. Auch für den Fall des Ausfalls des Kernkraftwerks Greifswald gibt es Alternativen, die von verschiedenen Energieerzeugern angeboten werden.

Ich möchte Ihnen die Pressemitteilung des Bundeskartellamtes von vorgestern abend zur Kenntnis geben. Ich verlese sie hier:

„Im Fusionskontrollverfahren über die Neugestaltung der DDR-Stromwirtschaft hat das Bundeskartellamt am 4. Juli 1990 mit einer Reihe von Stromversorgungsunternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland gesprochen, die sich beim Wiederaufbau der DDR-Stromwirtschaft engagieren wollen.

Diese Unternehmen sind bereit, sofort viele Milliarden DM und ihr Know how in die Sanierung der DDR-Stromwirtschaft zu investieren. Damit treten sie dem Vorhaben der RWE Energie-AG, Preußen Elektra AG und Bayernwerke AG entgegen, die gesamte Elektrizitätswirtschaft der DDR auf sich zu monopolisieren.

Das Bundeskartellamt rechnet damit, daß die beteiligten politischen Instanzen sich diesem Angebot nicht verschließen werden. Durch die Öffnung der DDR-Strommärkte für alle Anbieter wird verhindert, daß im vereinigten Deutschland eine Region entsteht, in der der Wettbewerb von vornherein ausgeschlossen ist.“

Also die oberste Aufsichtsbehörde, das Bundeskartellamt, hat hier mit allen anderen Energieanbietern Gespräche geführt, inwieweit sie bereit sind, an der Sanierung der Energiewirtschaft mitzuwirken. Die Aussage, daß, wenn der Vertrag mit den drei Großen nicht abgeschlossen wird, niemand anders da ist, der bereit ist, für die Sanierung der Energiewirtschaft der DDR einzutreten, ist also falsch.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß im gestrigen „Handelsblatt“ Herr Dr. Jochen Holzer, Vorstandsvorsitzender der

Bayernwerke AG, selbst zum Ausdruck gebracht hat, auch er habe ordnungspolitisch gemischte Gefühle, denn schließlich werde ein Staatsmonopolist durch einen Privatmonopolisten abgelöst. Das kann und darf nicht Sinn unserer energiewirtschaftlichen Strategie der nächsten Jahre sein.

(Beifall bei Liberalen, SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich appelliere noch einmal daran, daß wir eine Verantwortung für ganz Deutschland haben und daß wir hier nicht über die DDR eine Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiesektor in ganz Deutschland verursachen dürfen.

Die Äußerungen, die von dem Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit mir gegenüber gestern gemacht worden sind, daß die „anderen ja alle schon mitmachen dürften, sie seien ja in dem Vertrag als Nachfolge, sie könnten also von den 49 noch etwas abbekommen, möchte ich durch ein Zitat aus einem Brief von Herrn Kuhbier, Energiesenator Hamburg widerlegen:

„Entgegen allen anderen Äußerungen hat es keine konstruktiven Angebote der drei oben genannten Konzerne an andere Verbundunternehmen gegeben. Vielmehr sind diese auf sehr fragwürdige Art und Weise ausgebootet worden.“

Also hier ist keine Zusammenarbeit gewollt. Aus diesem Grunde hat die Fraktion der Liberalen gestern einen Antrag an das Präsidium gegeben. Darf ich den jetzt gleich vorlesen?

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Dieser Antrag sollte gesondert behandelt werden. Nun ist diese Rede schon fast die Begründung zu diesem Antrag gewesen. Ich frage Sie deshalb, ob Sie bereit sind, daß wir zu unserem jetzt zu verhandelnden Tagesordnungspunkt, den nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich Tagesordnungspunkt 15 gleich mit aufrufen.

(Vereinzelt Beifall)

Sind Sie damit einverstanden, daß wir Tagesordnungspunkt 15

#### **Antrag der Fraktion Die Liberalen betreffend Umstrukturierung der Stromwirtschaft der DDR (1. Lesung)**

(Drucksache Nr. 126)

wegen des nach diesem Einführungsreferat offenkundigen engen Zusammenhangs jetzt gleich mit Tagesordnungspunkt 14 verhandeln? Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gut, dann wird das verbunden verhandelt. Dann können Sie jetzt noch auf diese Drucksache Nr. 126 hinweisen.

(Zurufe: Die Beschlußvorlage liegt nicht vor!)

(Von Ryssel, Die Liberalen: Sie wurde aber ausgeteilt!)

Dann bitte ich Sie, sich in den Fraktionsbüros noch einmal zu erkundigen. Sie ist heute nacht vervielfältigt worden und müßte heute früh in den Fraktionsbüros zur Verfügung gestanden haben. Aber sie ist so kurz, daß sie verlesen werden kann. Wir können weiter verhandeln. Das ist kein Problem. Bitte schön, lesen Sie den Text einfach noch einmal vor.

#### **Von Ryssel (Die Liberalen):**

Ich gebe mir Mühe, daß er verständlich über das Mikrofon kommt:

„Die Volkskammer wolle beschließen:

Die Regierung wird beauftragt, die Treuhandanstalt sofort anzuweisen, mit allen interessierten Elektrizitätsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland in Verhandlungen einzutreten, um für die Umstrukturierung der Stromwirtschaft der DDR eine wettbewerblich verträglichere Lösung zu erreichen als die, die von den drei großen Verbundunternehmen der BRD, PREA, RWE und Bayernwerke, bislang angeboten worden ist.

Fraktion der Liberalen“